

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU****Erwachsene Menschen beim Lesen und Schreiben lernen mehr unterstützen**

Wie aus einer Studie der Universität Hamburg hervorgeht, sind 14,5 % aller erwerbsfähigen Deutschen funktionale Analphabetinnen und Analphabeten. Das sind 7,5 Mio. Menschen. Auch wenn es keine länderspezifischen Daten gibt, bedeutet dies auf das Land Bremen übertragen etwa 60 700 Analphabeten in Bremen und Bremerhaven. Davon haben rund 36 400 Deutsch als Erstsprache, 24 300 eine andere Sprache. Es sind Menschen mit und ohne Schulabschluss. Das ist ein alarmierendes Ergebnis.

Lesen und schreiben können sind Grundvoraussetzungen für die Teilhabe an unserer Gesellschaft, für Chancen auf eine existenzsichernde Arbeit und teilweise für die Teilnahme am Rechtsverkehr, wenn es zum Beispiel um das Unterschreiben von Verträgen geht.

Die Scham und sich nicht outen zu wollen, stellen großes Leid und ein Dilemma für die Betroffenen dar. Dies macht auch die Hilfeleistung schwierig.

Mit der Novellierung des Bremischen Weiterbildungsgesetzes in der letzten Legislaturperiode und der darin festgelegten Weiterbildungskonzeption mit einer Schwerpunktsetzung auf Grundbildung wurden bereits die richtigen Weichen gestellt. Dieser Weg sollte in der Zukunft noch konsequenter beschritten werden. Wegen der komplexen Herausforderung ist die vom Senat eingesetzte Arbeitsgruppe zu begrüßen, die sich aus den Ressorts Bildung, Finanzen, Arbeit, Kultur, dem Magistrat Bremerhaven, den Agenturen für Arbeit, Jobcentern und den Weiterbildungsträgern zusammensetzt. Die zentrale Herausforderung wird sein, Zugang zu den Betroffenen zu erhalten und sie auf ihrem Weg aus der Isolation zu unterstützen und ihnen angemessene Angebote zu unterbreiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat,

1. bis Ende des Jahres 2012 ein abgestimmtes ressortübergreifendes Konzept für Alphabetisierung in Bremen und Bremerhaven vorzulegen, das die Aktivitäten der Ressorts Bildung, Finanzen, Arbeit, Kultur, Soziales, des Magistrats, der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter und der Weiterbildungsträger umfasst. Im Ergebnis sollen durch ein abgestimmtes Vorgehen Maßnahmen zur Alphabetisierung und deren Finanzierung in angemessenem Umfang sichergestellt werden. Über die Umsetzung des Konzepts und der Maßnahmen soll anschließend jährlich, beginnend Ende 2013, den staatlichen Deputationen für Bildung, für Kultur, für Soziales, Kinder und Jugend sowie für Wirtschaft, Arbeit und Häfen berichtet werden.
2. eine entsprechende zielgruppengerechte Öffentlichkeitskampagne zu initiieren, die geeignet ist, erwachsene Menschen, die nicht ausreichend lesen und schreiben können, auf ihrem Weg aus der Isolation zu unterstützen und sie auf geeignete Weiterbildungsangebote aufmerksam zu machen.

Silvia Schön, Sülmez Dogan, Zahra Mohammadzadeh,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mustafa Güngör,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Sigrid Grönert,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU